

AB Invest

Aktiengesellschaft

Gesellschaftssitz: L-9964 Huldange, 17, Op d'Schleid

Nummer 824

GESELLSCHAFTSGRÜNDUNG VOM 19TEN DEZEMBER 2016

Im Jahre zweitausendsechszehn, den neunzehnten Dezember.

Vor uns Notar **Joëlle SCHWACHTGEN**, mit Amtssitz in Diekirch, Großherzogtum Luxemburg.

Ist erschienen:

- Herr **Andy BRAUN**, geboren am 22. November 1978 in Eupen (Belgien), wohnhaft in B-4711 Walhorn, Astenterstraße 57,

Welcher Komparent, vertreten wie eingangs erwähnt, den unterzeichneten Notar ersuchte, die Satzungen einer zu gründenden Aktiengesellschaft wie folgt zu beurkunden:

I.- Benennung - Sitz - Dauer - Gesellschaftszweck - Kapital

Art. 1. Es besteht eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung „**AB Invest**“.

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in der Gemeinde Troisvierges.

Durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrates können Niederlassungen, Zweigstellen, Agenturen und Büros, sowohl im Großherzogtum Luxemburg, als auch im Ausland errichtet werden.

Sollte die normale Geschäftstätigkeit am Gesellschaftssitz oder der reibungslose Geschäftsverkehr mit dem Sitz, oder auch dieses Sitzes mit dem Ausland, aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur gefährdet werden, so kann der Verwaltungsrat den Gesellschaftssitz vorübergehend und bis zur völligen Wiederherstellung normaler Verhältnisse, ins Ausland verlegen; diese einstweilige Maßnahme betrifft jedoch in keinsten Weise die Nationalität der Gesellschaft, die unabhängig von dieser einstweiligen Verlegung des Gesellschaftssitzes, luxemburgisch bleibt.

Die Gesellschaft wird für eine unbestimmte Dauer gegründet.

Art. 2. Zweck der Gesellschaft ist:

- Die Erbringung jeglicher administrativer, Sekretariats-, Management- und Beratungsdienstleistungen;
- Jegliche Dienstleistungen im Bereich der Eigen-/Selbstversicherung von Fahrzeugen (insbesondere Kaskoversicherung), für eigene und gruppenangehörige Unternehmen;
- die Erstellung von logistischen Gesamtkonzepten und die damit verbundene Organisation der Transporte;
- die Vermietung von jeglichen beweglichen Gegenständen und insbesondere aber nicht ausschließlich Anhängern, Aufliegern, Zugmaschinen, LKWs, LKW Aufbauten und PKWs;
- die Vermietung von EDV-, Informatikmaterial und Software;
- der Handel mit allen Arten von Gütern, sowie deren Im- und Export;
- die Handelsvermittlung, sowie die Erbringung jeglicher kommerzieller Dienstleistungen.

Zweck der Gesellschaft ist zusätzlich, der Erwerb, die Veräußerung, die Vermietung, die Verwaltung, die Nutzung und die Verwertung von eigenen Immobilien, oder solchen die für das eigene Immobilienvermögen bestimmt sind.

Außerdem hat die Gesellschaft zum Gegenstand die Beteiligung jedweder Art an anderen Gesellschaften mit Sitz im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland, die Kontrolle und Verwaltung dieser Beteiligungen, sowie deren Verwertung.

Sie kann namentlich alle Arten von Wertpapieren erwerben, sei es durch Einlage, Zeichnung, Festübernahme, Kaufoption, Kauf oder jede andere Transaktion oder Maßnahme. Sie kann diese Wertpapiere durch Verkauf, Abtretung, Tausch oder auf jede andere Art und Weise veräußern. Sie kann sich an der Gründung, Entwicklung, Geschäftsführung, Verwaltung und Kontrolle von Gesellschaften und Unternehmen beteiligen und diese unterstützen.

Sie kann außerdem Patente, Warenzeichen und Markenrechte besitzen, erwerben, veräußern und verwerten, sowie intellektuelles

Eigentum jeglicher Art. Sie kann Lizenzen vergeben, zwecks Nutzung der vorerwähnten Rechte.

Sie kann Anleihen aufnehmen, sowie den Gesellschaften und Unternehmen an welchen sie sich beteiligt oder in denen Sie ein Interesse besitzt, Anleihen, Vorschüsse und Garantien bewilligen.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit kann die Gesellschaft in Hypothekeneintragungen einwilligen, Darlehen aufnehmen, mit oder ohne Garantie.

Sie kann im Übrigen alle kaufmännischen, industriellen und finanziellen Handlungen in Bezug auf bewegliche und unbewegliche Güter vornehmen, die für die Verwirklichung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich sind, oder welche die Entwicklung der Gesellschaft fördern könnten.

Art. 3. Das gezeichnete Aktienkapital beträgt einunddreißigtausend Euros (EUR 31.000,-), eingeteilt in einhundert (100) Aktien, mit einem Nominalwert von je dreihundertzehn Euros (EUR 310,-).

Die Aktien lauten auf den Namen oder den Inhaber, nach Wahl der Aktionäre, mit Ausnahme der Aktien für welche das Gesetz die Form von Namensaktien vorschreibt. Die Aktien können mit oder ohne Stimmrecht ausgegeben werden, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen. Deren Eigentum kann in Nackteigentum und Nutznießung aufgegliedert werden, mit den entsprechenden durch die Generalversammlung der Aktionäre definierten Rechten und Verpflichtungen.

Das gezeichnete Aktienkapital der Gesellschaft kann erhöht oder herabgesetzt werden, durch Beschluss der Generalversammlung, welcher wie im Falle einer Satzungsänderung zu fassen ist.

Die Gesellschaft kann im Rahmen des Gesetzes und gemäß den darin festgelegten Bedingungen eigene Aktien erwerben.

Art. 4. Die Aktien sind unter den bestehenden Aktionären frei übertragbar.

Die Aktien können an einen Nichtaktionär nur unter Einhaltung der untenstehenden Bedingungen übertragen werden:

Im Falle der Übertragung an einen Nichtaktionär, sei es entgeltlich oder unentgeltlich, verfügen die verbleibenden Aktionäre über ein Vorkaufsrecht im Verhältnis der Anzahl der von ihnen

gehaltenen Aktien im Kapital der Gesellschaft. Der Verzicht eines oder mehrerer Aktionäre auf ihr Vorkaufsrecht, erhöht das Vorkaufsrecht der übrigen Aktionäre im Verhältnis der Anzahl der von ihnen gehaltenen Aktien im Kapital der Gesellschaft.

Der Aktionär welcher einen Teil oder die Gesamtheit seiner Aktien übertragen möchte, ist dazu verpflichtet, den Verwaltungsrat der Gesellschaft, per Einschreibebrief, über diese Absicht zu informieren. Dieses Schreiben enthält die Anzahl und gegebenenfalls die Nummer der Aktien, die Gegenstand der Übertragung sind, sowie den/die Name(n), Vorname(n), Beruf(e) und Wohnort(e) der vorgeschlagenen Käufer, der vorgeschlagene Einheitsveräußerungspreis der Aktien, sowie die Zahlungsbedingungen und -Modalitäten des Veräußerungspreises.

Innerhalb von 8 (acht) Tagen nach Erhalt dieses Schreibens, übermittelt der Verwaltungsrat die Anfrage, per Einschreibebrief, den übrigen Aktionären.

Die verbleibenden Aktionäre verfügen über ein Vorkaufsrecht betreffend die zum Verkauf stehenden Aktien, im Verhältnis der Anzahl gehaltener Aktien im Kapital der Gesellschaft. Der ganze oder teilweise Verzicht eines oder mehrerer Aktionäre auf ihr Vorkaufsrecht, erhöht das Vorkaufsrecht der übrigen Aktionäre im Verhältnis der Anzahl gehaltener Aktien im Kapital der Gesellschaft. In keinem Falle können die Aktien fraktioniert werden; wenn die Anzahl zum Verkauf stehender Aktien nicht exakt proportional zur Anzahl Aktien ist, für welche das Vorkaufsrecht ausgeübt wird, werden die überschüssigen Aktien, in Ermangelung einer Einigung, durch das Los einem oder mehreren Aktionären, unter der Verantwortung des Verwaltungsrats, zugeteilt.

Der Aktionär welcher sein Vorkaufsrecht ausüben möchte, informiert den Verwaltungsrat, per Einschreibebrief, innerhalb von 30 (dreißig) Tagen, ab Erhalt des Schreibens des Verwaltungsrats, welche ihn über die Verkaufsabsicht informiert. In Ermangelung einer Rückmeldung, oder im Falle einer verspäteten Rückmeldung, verfällt das Vorkaufsrecht des betroffenen Aktionärs. Für die Ausübung des erhöhten Verkaufsrechts, aufgrund des Verzichts eines oder mehrerer Aktionäre, ihr Recht auszuüben, verfügen die übrigen Aktionäre über eine weitere Frist von 30 (dreißig) Tagen, ab der Mitteilung des Verwaltungsrats an die übrigen Aktionäre, über den Verzicht eines oder mehrerer Aktionäre, um ihr Vorkaufsrecht auszuüben.

Im Todesfalle eines Aktionärs, können die übrigen Aktionäre ihr Vorkaufsrecht ausüben und die Aktien zu einem Preis erwerben, der in gegenseitigem Einverständnis zwischen dem/den Erben/Rechtsnachfolger und dem/den kaufwilligen Aktionäre(n), ermittelt wird.

In Ermanglung einer Einigung wird der Kaufpreis, durch einen in beiderseitigem Einverständnis, zwischen dem/den Erben/Rechtsnachfolger und dem/den kaufwilligen Aktionär(en) festgelegt und in Ermanglung einer Einigung durch einen einvernehmlich zu bestimmenden zugelassenen „Expert-comptable“. Falls sich die Parteien nicht einigen können, wird der Kaufpreis durch einen unabhängigen Experten, welcher durch das für die Gesellschaft zuständige Handelsgericht bestellt wird, festgelegt.

Der so bestimmte Experte erstellt einen Bericht über die Festlegung des Veräußerungspreises innerhalb eines Monats ab seiner Ernennung.

Er hat Zugriff auf alle Bücher und Dokumente der Gesellschaft, welche er benötigt um seinen Auftrag zu erfüllen.

Wenn die zum Verkauf stehenden Aktien, teilweise oder gar nicht im Rahmen des Vorkaufsrechts und unter Einhaltung der vorstehend beschriebenen Bedingungen veräußert werden konnten, können diese Aktien, zu den vereinbarten Bedingungen, an den Dritten veräußert werden, welcher dem Verwaltungsrat, im Anfang des Verfahrens, mitgeteilt wurde.

II.- Verwaltung - Überwachung

Art. 5. Die Gesellschaft wird durch einen Verwaltungsrat verwaltet, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die keine Aktionäre sein müssen. Diese Verwaltungsratsmitglieder werden von der Generalversammlung für eine Dauer ernannt die sechs (6) Jahre nicht überschreiten darf. Die Verwaltungsratsmitglieder sind widerwählbar.

Im Falle eines alleinigen Aktionärs, kann der Verwaltungsrat sich auf ein (1) Mitglied beschränken, bis zur nächsten Generalversammlung, welche feststellt, dass sich die Generalversammlung aus mehr als einem Aktionär zusammensetzt.

Art. 6. Der Verwaltungsrat hat die weitestgehenden Befugnisse, um die Angelegenheiten der Gesellschaft zu führen und

diese im Rahmen des Gesellschaftszweckes zu verwalten; Er ist für alles zuständig, was nicht ausdrücklich durch das Gesetz und durch die vorliegenden Satzungen der Generalversammlung vorbehalten ist. Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist, wobei ein Verwaltungsratsmitglied durch einen Kollegen vertreten werden kann (Vollmachten per Schreiben, Telex oder Telefax sind möglich). In dringenden Fällen können die Verwaltungsratsmitglieder ihre Stimme auch schriftlich, fernschriftlich, telegraphisch oder per Telefax abgeben. Ein schriftlich gefasster Beschluss, der von allen Verwaltungsratsmitgliedern genehmigt und unterschrieben wurde, ist ebenso rechtswirksam, wie ein anlässlich einer Verwaltungratssitzung gefasster Beschluss. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit absoluter Stimmenmehrheit getroffen.

Art. 7. Der Verwaltungsrat kann alle oder einen Teil seiner Befugnisse an einen oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder andere Bevollmächtigte übertragen.

Die Gesellschaft wird durch die gemeinsame Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder durch Einzelunterschrift jeder entsprechend vom Verwaltungsrat bevollmächtigten Person(en) verpflichtet oder durch die Einzelunterschrift des/der Delegierten des Verwaltungsrates im Rahmen der erteilten Befugnisse. Falls der Verwaltungsrat nur aus einem Mitglied besteht, wird die Gesellschaft durch die Unterschrift des alleinigen Verwalters vertreten und verpflichtet.

Art. 8. In sämtlichen Rechtssachen wird die Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Klägerin, oder als Beklagte, durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates, den Delegierten des Verwaltungsrates, oder den alleinigen Verwalter vertreten.

Art. 9. Der Verwaltungsrat ist, unter Berücksichtigung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, dazu ermächtigt Zwischendividenden zu zahlen.

Art. 10. Die Überwachung der Tätigkeiten der Gesellschaft wird einem oder mehreren Kommissaren anvertraut; ihre Amtszeit darf sechs Jahre nicht überschreiten. Sie sind widerwählbar.

III.- Generalversammlung und Gewinnverteilung

Art. 11. Die Generalversammlung vertritt alle Aktionäre. Sie hat die weitestgehenden Befugnisse, um über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu befinden.

Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes. Eine Einberufung ist nicht notwendig wenn alle Aktionäre anwesend oder vertreten sind und insofern sie erklären den Inhalt der Tagesordnung im Voraus gekannt zu haben.

Die Generalversammlung beschließt über die Verwendung und Verteilung des Reingewinnes.

Art. 12. Die jährliche Generalversammlung findet am Gesellschaftssitz, oder an jedem anderen in den Einberufungsschreiben genannten Ort in Luxemburg statt und zwar am dritten Mittwoch des Monats Juni um 16.00 Uhr. Falls der vorbenannte Tag ein Feiertag ist, findet die Versammlung am ersten nachfolgenden Werktag statt.

Art. 13. Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Gewinn ganz oder teilweise, oder aber die ausschüttungsfähigen Rücklagen zur Kapitaltilgung genutzt werden, mittels Rückzahlung des Nominalwertes aller oder eines Teiles der ausgegebenen Aktien; diese Aktien werden durch das Los bestimmt und das gezeichnete Kapital wird nicht herabgesetzt. Die zurückgezahlten Aktien werden annulliert und durch Genussscheine ersetzt, welche dieselben Rechte wie die annullierten Aktien besitzen, mit der Ausnahme des Rechtes der Rückzahlung des Nominalwertes und des Rechtes auf die Zahlung einer ersten Dividende welche den nicht zurückgezahlten Aktien vorbehalten ist.

IV.- Geschäftsjahr - Auflösung

Art. 14. Das Geschäftsjahr beginnt am ersten Januar und endet am einunddreißigsten Dezember jeden Jahres.

Art. 15. Die Gesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden, welcher unter den gleichen Bedingungen gefasst werden muss wie im Falle einer Satzungsänderung.

V.- Allgemeine Bestimmungen

Art. 16. Für alle Punkte, die nicht in dieser Satzung festgelegt sind, verweisen die Gesellschafter auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915, sowie auf die späteren Änderungen.

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Das erste Geschäftsjahr beginnt am heutigen Tage und endet am 31. Dezember 2017.

Die erste Generalversammlung findet im Jahr 2018 statt.

Die ersten Verwaltungsratsmitglieder und der erste Kommissar werden durch die außerordentliche Generalversammlung ernannt, die sofort im Anschluss an die Gründung zusammentritt.

KAPITALZEICHNUNG

Die Satzung ist somit durch den Notar aufgenommen, die Aktien wurden gezeichnet und der Nennwert zu einhundert Prozent (100 %) in bar durch den Komparenten, Herrn Andy BRAUN, vorbenannt, eingezahlt.

Der Betrag von einunddreißigtausend Euros (EUR 31.000,-) steht der Gesellschaft ab sofort zur Verfügung, was hiermit ausdrücklich von dem amtierenden Notar festgestellt wurde.

BESCHEINIGUNG

Die unterzeichnete Notar bescheinigt, dass die Bedingungen von Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften, sowie abgeändert, erfüllt sind.

SCHÄTZUNG DER GRÜNDUNGSKOSTEN

Die der Gesellschaft aus Anlass ihrer Gründung entstehenden Kosten, Honorare und Auslagen betragen schätzungsweise eintausend Euro (EUR 1.000,-).

ANMERKUNG

Der amtierende Notar hat den Komparenten darauf aufmerksam gemacht, dass die hier zuvor gegründete Gesellschaft vor jeglicher geschäftlicher Aktivität, im Besitz einer formgerechten Niederlassungsbewilligung in Bezug auf den Gesellschaftszweck sein muss, was der Komparent ausdrücklich anerkannt hat.

GENERALVERSAMMLUNG

Der Komparent, welcher das gesamte Gesellschaftskapital vertritt, in seiner Eigenschaft als alleiniger Aktionär, hat im Anschluss an die Gründung der Gesellschaft, folgende Beschlüsse gefasst:

ERSTER BESCHLUSS

Wird zum alleinigen Verwalter ernannt, für eine Dauer die mit der jährlichen Generalversammlung des Jahres 2022 endet:

Herr Andy BRAUN, geboren am 22. November 1978 in Eupen (Belgien), wohnhaft in B-4711 Walhorn, Astenterstraße 57.

ZWEITER BESCHLUSS

Wird zum Kommissar ernannt, für eine Dauer die mit der jährlichen Generalversammlung des Jahres 2022 endet:

FN-Services S.à r.l., Gesellschaft mit beschränkter Haftung luxemburgischen Rechts, mit Sitz in L-9991 Weiswampach, Gruuss-Strooss 61, eingetragen im Handels- und Firmenregister Luxemburg, unter der Nummer B 92.183.

DRITTER BESCHLUSS

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in L-9964 Huldange, 17, Op d'Schleid.

WORÜBER URKUNDE

Aufgenommen in Diekirch zum Datum wie eingangs erwähnt.

Nach Vorlesen und Erklärung alles Vorstehenden an den Komparenten, dem instrumentierenden Notar nach Name, Vorname, Stand und Wohnort bekannt, hat dieselbe mit dem Notar die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

(signé) : Braun A., Joëlle Schwachtgen

Enregistré à Diekirch, le 20 décembre 2016 Relation :
DAC/2016/17983 Reçu soixante-quinze euros 75,00 € Le Receveur

(signé) : Tholl

POUR EXPEDITION CONFORME

Délivrée à la société pour servir à des fins administratives.

Diekirch, le 5 janvier 2016